

## Niederschrift

### Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

---

**Sitzungstermin:** Freitag, 28.02.2020  
**Sitzungsbeginn:** 16:32 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:45 Uhr  
**Ort, Raum:** Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

---

#### Anwesende Mitglieder

##### Vorsitz

Frau Marianne Wölk - SPD

##### reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher-Dutton - SPD  
Herr Thorsten Büchner - SPD  
Herr Dominic Dehmel - SPD  
Frau Myriam Hövel - SPD  
Herr Schaker Hussein - SPD  
Frau Alexandra Klusmann - SPD  
Herr Dr. Fabio Longo - SPD  
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD  
Herr Heinrich Löwer - SPD  
Herr Uwe Meyer - SPD  
Herr Steffen Rink - SPD  
Frau Sonja Sell - SPD  
Herr Ulrich Severin - SPD  
Herr Matthias Simon - SPD  
Frau Anna Zels - SPD  
Herr Dirk Bamberger - CDU  
Herr Oliver Hahn - CDU  
Herr Hermann Heck - CDU  
Herr Manfred Jannasch - CDU  
Herr Walter Jugel - CDU  
Frau Anita Kaufmann - CDU  
Herr Winfried Kissel - CDU  
Herr Lars Küllmer - CDU  
Herr Stephan Muth - CDU  
Herr Stefan Oberhansl - CDU  
Herr Roger Pfalz - CDU  
Frau Runhild Piper - CDU

Herr Hans-Martin Reissner - CDU  
Frau Karin Schaffner - CDU  
Herr Jens Seipp - CDU  
Herr Jan von Ploetz - CDU  
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen  
Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen  
Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen  
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen  
Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen  
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen  
Herr Roland Stürmer - B90/Die Grünen  
Herr Uwe Volz - B90/Die Grünen  
Frau Renate Bastian - Marburger Linke  
Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke  
Herr Roland Böhm - Marburger Linke  
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke  
Frau Inge Sturm - Marburger Linke  
Herr Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke  
Frau Stefanie Wittich - Marburger Linke  
Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL  
Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL  
Frau Lisa Freitag - FDP/MBL  
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL  
Herr Roland Frese - BfM  
Frau Gabriele Mensing - BfM  
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM

### **Magistratsmitglieder**

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD  
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU  
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD  
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke  
Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD  
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen  
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU  
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU  
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU  
Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe - SPD  
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM

### **Entschuldigte Mitglieder**

#### **reguläre Mitglieder**

Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD	- entschuldigt -
Herr Gerald Weidemann - SPD	- entschuldigt -
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	- entschuldigt -
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei	- entschuldigt -

### **Magistratsmitglieder**

Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP/MBL	- entschuldigt -
---	------------------

Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD

- entschuldigt -

## **Protokoll**

Herr Lothar Sprenger - Fachdienst Kommunale Gremien

## Protokoll:

---

### zu 1 Eröffnung der Sitzung

---

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere den Stadtverordneten Uwe Volz, der zum 18.02.2020 für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Dr. McGovern nachgerückt ist. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht erhoben.

Anschließend richtet die Stadtverordnetenvorsteherin aufgrund der Anschläge in Hanau einige Worte an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrat und die anwesenden Gäste. Sie verurteilt die menschenverachtende Tat eines Rechtsextremisten und ruft dazu auf, den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus Hetze und Menschenfeindlichkeit unvermittelt fortzuführen. Nach den Worten der Stadtverordnetenvorsteherin beschließt die Stadtverordnetenversammlung eine Resolution für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, die als gemeinsamer Antrag aller Fraktionen als Tagesordnungspunkt 1.1 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung gedenkt im Anschluss dem ehemaligen Stadtverordneten Ingo Lohse, der von 2001 bis 2011 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung war und vor kurzem verstorben ist.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk trägt sodann die Tagesordnung für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus den Vorberatungen in den Ausschüssen vor. Sie weist darauf hin, dass sich der Ältestenrat in seiner gestrigen Sitzung darauf verständigt hat, heute nur die Debatte zum Haushalt 2020 durchzuführen und alle anderen zur Aussprache angemeldeten Anträge in die Märzsession zu verschieben. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

---

### zu 1.1 Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen betr. Resolution für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit Vorlage: VO/7291/2020

---

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin beschließt die Stadtverordnetenversammlung folgende Resolution:

#### **Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit sind unsere Werte**

Marburg ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen und Religionen sind hier zu Hause. Gemeinsam treten wir ein für eine offene Stadtgesellschaft, die von Humanität, Toleranz, Demokratie, kultureller Vielfalt und Solidarität getragen ist.

Unsere Demokratie und die damit verbundenen Werte des Grundgesetzes sind die bedeutendsten Errungenschaften der Bundesrepublik Deutschland. Wir treten ein für ein Marburg, das Chancen und Perspektiven für alle Menschen bietet, die friedlich hier leben, im Einklang mit dem Grundgesetz.

Das Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft, Religionen und Kulturen prägt das Gesicht unserer Stadt. Es macht unsere Stadt lebendig. Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus lehnen wir entschieden ab. Für sie gibt es kein Verständnis und keine Rechtfertigung. Extremen Haltungen und Handlungen wollen wir entschlossen entgegenzutreten und sie bekämpfen. Demokratische Werte zu leben und immer wieder zu beleben, ist ein ständiger Prozess, der uns alle gemeinsam fordert.

## **Wir treten ein für einen respektvollen Umgang**

In unserer Stadt treffen vielfältige Interessen, Ansichten und Meinungen aufeinander. Deshalb braucht es Debatte und Streit der Meinungen. Meinungsverschiedenheiten dürfen aber nicht in Feindschaft und Hass münden. Wir stehen ein für Grundregeln der demokratischen Kultur und einen respektvollen Umgang, sonst nehmen der Zusammenhalt der Gesellschaft und die Demokratie Schaden. Verunglimpfung, Beleidigungen und Gewalt in der Sprache, auch und vor allem im Internet, dürfen nicht toleriert werden. Wir treten entschieden dafür ein, dass Menschen in ihrer Würde nicht herabgesetzt werden. Wir treten entschieden dafür ein, dass menschenverachtende Ideologien nicht salonfähig werden.

Kommunalpolitik braucht Bürgernähe, Empathie und offene Ohren. Wir kämpfen für ein menschliches Miteinander. Wir stärken und schützen diejenigen, die sich ehrenamtlich in der Stadtpolitik und für die Stadtgesellschaft engagieren.

## **Wir stärken Allianzen und Bündnisse**

Wir unterstützen Bündnisse und Initiativen, die Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bekämpfen und Radikalisierung verhindern. Hierfür braucht es gemeinsame Strategien und Anstrengungen. Wir schaffen Anlaufstellen, informieren, beraten, bündeln und vernetzen kommunale Aktivitäten. Wir initiieren und fördern Präventionsarbeit, insbesondere durch das Konzept Dialog und Vielfalt. Wir stellen uns der Debatte über die Verantwortung eines jeden Einzelnen für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

---

### **zu 2      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.01.2020**

---

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2020 ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen oder Ergänzungen werden auf Nachfrage nicht gewünscht. Die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

### **zu 3      Fragestunde**

---

Mit Beginn der Fragestunde um 16:44 Uhr übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Büchner die Sitzungsleitung.

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 10, 13 bis 21 und 24 bis 27 werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

#### **Kleine Anfrage Nr. 01 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Walter Jugel
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

Eine Vertreterin des Kinder- und Jugendparlaments berichtete in der Januarsitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Bäder, dass Oberstufenschüler an den Marburger Schulen die Beförderungskosten in Bussen der Stadtwerke Marburg, von der Schule zum Sport- oder Schwimmunterricht und zurück, selbst bezahlen müssen, falls sich die Sportstätte oder das Schwimmbad nicht in kurzer Laufentfernung zur Schule befindet.

Der Magistrat, wird um Auskunft gebeten, ob dies zutreffend ist und falls dies so ist, welche Maßnahmen der Magistrat beabsichtigt (evtl. in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken und dem Staatlichen Schulamt), um diesen unhaltbaren Zustand, der die betroffenen Schüler benachteiligt, zu ändern.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 40 - Schule
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

**Stellungnahme/Antwort:**

Grundsätzlich haben gemäß § 161 Hess. Schulgesetz Schüler\*innen der Oberstufe keinen Anspruch auf Schülerbeförderungskosten.

Was die sog. Querbeförderung, also die Fahrten zum Sportunterricht angeht, ist es so, dass die Schulbusse, die notwendig sind, um weiter entfernt liegende Sportstätten zu erreichen, grundsätzlich vom Fachdienst Schule übernommen werden.

Dies betrifft im Wesentlichen die Adolf-Reichwein-Schule, die über keine eigene Sporthalle verfügt.

Darüber hinaus gibt es einzelne Oberstufenkurse mit Schwimmunterricht. Sofern diese das Bad in Wehrda nutzen, werden auch hier Schulbusse finanziert, wenn der Einsatz im Rahmen des Stundenplans allein aus Zeitgründen erforderlich ist. Diese Regelung hat auch in der Vergangenheit zu keinen negativen Rückmeldungen aus den Schulen geführt.

In Einzelfällen kann es sein, dass in der Oberstufe, zum Teil temporär durch Baumaßnahmen o. ä., in weiter entfernt liegenden Sporthallen Unterricht durchgeführt und der Schulweg durch die Schüler\*innen selbstständig organisiert wird. Wenn dann Schüler\*innen im Einzelfall Fahrtkosten entstehen, prüft der Fachdienst Schule nach entsprechender Antragstellung die Übernahme dieser Kosten.

Diesbezüglich sind uns aktuell keine Fallgestaltungen bekannt.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

**Kleine Anfrage Nr. 02  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Ulrich Severin
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

Ab wann werden die Räume der Ortenberggemeinde barrierefrei erreichbar sein?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 65 - Hochbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Umsetzung der Maßnahme ist in den diesjährigen Sommerferien geplant. Der Zeitraum ist mit der Ortenberggemeinde abgesprochen.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 03  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Ulrich Severin
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

In wie vielen Geburtsurkunden des Standesamtes Marburg wurde seit 2017 kein Vater eingetragen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 34/36 Stadtbüro und Standesamt
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Fragestellung lässt sich fallgenau leider nicht beantworten, weil keine statistische Auswertung in dieser Form vorgesehen ist. Eine manuelle Zählung ist bei mehr als 7.000 Geburten in diesem Zeitraum unverhältnismäßig.

Aufgrund der Erfahrungen liegt die Zahl der beurkundeten Kinder ohne Vater aber pro Jahr geschätzt nicht über 5 %.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 04  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Matthias Simon
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

Wann wird der Hohlweg - Parallelweg zur Stadtwaldstraße - einmal wieder gereinigt, damit Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen diesen frequentierten Weg wieder sicher nutzen können?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Nach der Straßenreinigungssatzung erstreckt sich die Reinigungspflicht auf alle öffentlichen Straßen, Wege und Plätze innerhalb der geschlossenen Ortslage sowie auf alle Straßen und Wege außerhalb der geschlossenen Ortslage, die bebaute Grundstücke erschließen.

Der Hohlweg liegt lediglich bis zur Hausnummer 16 innerhalb der geschlossenen Ortslage. Der verlängerte Hohlweg liegt im Außenbereich und ist daher grundsätzlich nur nach Bedarf zu reinigen.

Der DBM wurde aktuell beauftragt den Weg zu reinigen.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 05  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Uwe Meyer
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

Kann der Magistrat erläutern, wie weit die Vorarbeiten für eine Klassifizierung der Marburger Straßen in Bezug auf Sanierungsbedarf vorangeschritten sind, um gemeinsam ein Straßensanierungsprogramm für die Stadt Marburg für die nächsten fünf Jahre aufzustellen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Im Februar 2020 wird die Ausschreibung für die Aufnahme von Panoramabildern des Straßenraumes veröffentlicht. Wenn geeignete Angebote eingehen und der Auftrag wie erwartet umgesetzt werden kann, sollen bis Sommer 2020 die Bilder vorliegen. Danach kann nach einer weiteren Ausschreibung die Auswertung der Bilder im Hinblick auf Straßenschäden erfolgen. Diese Ergebnisse könnten Ende des Jahres 2020 vorliegen. Auf der Grundlage wird dann die Prioritätenliste für das Bauprogramm erarbeitet. Die Fertigstellung kann unter den genannten Voraussetzungen Ende des ersten Quartals bzw. Anfang des zweiten Quartals 2021 erwartet werden.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 06  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dominic Dehmel
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, wann der landwirtschaftliche Weg (Route des Elisabethpfades) zwischen Schröck und Kleinseelheim einen asphaltierten Lückenschluss erhält.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Es wäre wünschenswert, die für den Radverkehr attraktive Verbindung zwischen Schröck und Kleinseelheim vollständig zu asphaltieren. Die Prioritäten für den Ausbau von Radverkehrsverbindungen liegen derzeit aber in der Erschließung der großen Arbeitgeber im Stadtgebiet von Marburg. Dazu würde die genannte Wegebeziehung nur einen äußerst untergeordneten Beitrag leisten können. Daher gibt es gegenwärtig keinen Termin für die Asphaltierung des Lückenschlusses, der sich ohnehin nur etwa zur Hälfte in der Gemarkung Marburgs befindet.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 07  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dominic Dehmel
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, wie hoch das aktuelle Feldwegbudget (aufgeschlüsselt nach Budget für 2020 und Ansparung der Vorjahre) für die einzelnen Ortsbeiräte ist.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Fragestellung kann wegen eines längeren Ausfalls der Haushaltssachbearbeitung im Fachdienst Tiefbau gegenwärtig nicht beantwortet werden. Die Antwort wird sobald möglich nachgereicht.



Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 08**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Inge Sturm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Bei den "Drei Linden" - im Winkel von Herrmann- und Weinstraße - liegt das Grundstück Gemarkung Marburg, Fl.3, Flst.118/2. Dieses Grundstück war viele Jahre eine Wiese (ist im Landschaftsplan Südwest als solche dargestellt), auf der im Sommer Blumen wuchsen und Insekten Nahrung fanden. Diese Wiese wurde 2015 umgepflügt und nicht als Wiese neu eingesät, sondern ist seitdem ein Acker.

Hat die Stadt Marburg (UNB) Kenntnis von dieser Angelegenheit, hat sie das Umpflügen genehmigt oder sich gegenüber anderen Stellen dazu geäußert?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Untere Naturschutzbehörde der Stadt Marburg hatte von dem Grünlandumbruch auf dem Grundstück der Gemarkung Ockershausen, Flur 3- Flurstück 118/2 keine Kenntnis.

Laut Auskunft des zuständigen Landwirtschaftsamtes des Landkreises Marburg- Biedenkopf war für die Umwandlung von Grünland in Ackerland zum Zeitpunkt der Umwandlung (Herbst 2014) bei der Landwirtschaftsbehörde keine Genehmigung erforderlich.

Auch wurde 2014 die Gesetzeslage dahingehend interpretiert, dass bei einem Grünlandumbruch nicht zwingend ein naturschutzrechtlicher Eingriff vorliegt (außer es handelt sich um erosions- oder grundwasserbeeinflusste Flächen sowie Flächen auf denen der Artenschutz betroffen ist- bspw. Orchideenstandorte).

Eine Zustimmung bzw. Genehmigung durch die Naturschutzbehörde war folglich 2014 noch nicht erforderlich und wurde als ordnungsgemäße Landwirtschaft eingestuft.

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes gilt ab Sommer 2019 ein Grünlandumbruch immer als naturschutzrechtlicher Eingriff. Eine naturschutzfachliche Genehmigung durch die Untere Naturschutzbehörde bzw. eine Beteiligung dieser muss seit letztem Jahr bei jedem neuen Umbruch erfolgen, wenn eine Fläche mehr als fünf Jahre Grünland war.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 09**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Manfred Jannasch
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

Was hat der Magistrat/die Verwaltung bisher zu dem einstimmigen Beschluß vom 22.3.2019 zur Erhöhung des Zuschusses zu der Meisterprüfung unternommen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsent-
-------------------------------------	---

	wicklung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Auf Anfrage des Magistrats beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, Bereich Berufliche Bildung wurde von dieser Seite mitgeteilt, dass es aktuell keine Überlegungen zur Erhöhung der Aufstiegsprämie gebe. Derzeit werde an der Verbesserung des Aufstiegs-BAföGs im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) gearbeitet. Das Ministerium schätzt diese Förderung nachhaltiger ein, da sie zum einen nicht als Prämie am Ende der Ausbildung, sondern als regelmäßige Förderung ausgezahlt werde. Zum anderen könnten durch das AFBG eine größere Zahl an Fortbildungen gefördert werden.

Hinsichtlich der Förderung für Betriebsgründungen bzw. Betriebsübernahmen verweist das Ministerium auf Förderungen der WiBank (<https://www.wibank.de/wibank/gruender-unternehmen>). Weitere Förderungen durch das Land seien derzeit nicht geplant.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 10  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Manfred Jannasch
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

Weshalb ist der Beschluss vom 22.6.2018 auf dem Grundstück Auf der Eich Bauland auszuweisen noch nicht umgesetzt worden und wieso beantragt die Stadt Marburg dort trotzdem eine Zwangsversteigerung mit dem Ziel das Grundstück zu verkaufen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat mit Beschluss vom 22.06.2018 beauftragt, einen Bebauungsplan für den Bereich „Auf der Eich“ aufzustellen und zuvor die rechtlichen Grundlagen hierfür zu prüfen. Nach einer Teilveräußerung der Fläche wurden die Eigentümer zu Gesprächen eingeladen, um die rechtlichen Grundlagen für den Abschluss eines städtebaulichen Vertrages und die Einleitung eines Bauleitplanverfahrens zu vermitteln.

Bislang konnte das Bauleitverfahren jedoch nicht eingeleitet werden, da die Voraussetzungen für eine vertragliche Vereinbarung mit einem Vorhabenträger nicht gegeben sind.

Die Universitätsstadt Marburg hatte die Zwangsversteigerung des Grundstücks nicht beantragt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 13  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Andrea Suntheim-Pichler
<b>Fraktion / Partei:</b>	BfM

Seit der Ausrufung des Klimanotstandes in Marburg im Sommer letzten Jahres haben viele Demonstrationen diesbezüglich stattgefunden, um auf die Situation hinzuweisen. Darüber hinaus

hat die Stadt Marburg bereits viele Anstrengungen unternommen, um kurz-, mittel- und langfristig CO<sub>2</sub>-Einsparungen zu erzielen.

Wie hoch ist jedoch die Bereitschaft der Bevölkerung tatsächlich, Einschränkungen für den Klimaschutz hinzunehmen? Liegen dem Magistrat dazu Erkenntnisse vor und wenn nicht, gibt es Beteiligungsformate, um dieser Frage auf den Grund zu gehen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Eine Erhebung lokaler Daten hierzu hat es nicht gegeben.

**Umweg: Ableitung aus anderen Daten:**

Laut dem Deutschlandtrend, den Infratest Dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der WELT erhebt, hat sich die Bereitschaft der Bevölkerung Einschränkungen für den Klimaschutz hinzunehmen, seit Sommer 2019 deutlich erhöht:

Im August 2019 waren nur

15 % der Befragten für Verbote im Bereich Klimaschutz.

72 % der Befragten wollten stattdessen Anreize für klimafreundliches Verhalten.

Dies spiegelt sich auch im Klimapaket der Bundesregierung wider.

Im Deutschlandtrend im Oktober 2019 zum Klimapaket sagten dann jedoch

49 % der Befragten, dass das Klimapaket nicht weit genug geht und es waren

57 % der Befragten der Meinung, dass es Aufgabe des Staates ist, besonders klimaschädliches Verhalten von Bürgern und Unternehmen zu verbieten.

Was die Bereitschaft zu freiwilligen Einschränkungen angeht, ist zu sagen, dass das tatsächliche Verhalten häufig von der geäußerten Bereitschaft abweicht. Ein einfacher Grund dafür ist, dass es auch entsprechende Möglichkeiten geben muss, sich klimafreundlicher zu verhalten. Zum Beispiel ist es meistens in der Stadt einfacher auf ein eigenes Auto zu verzichten als auf dem Land, weil mehr Angebote mit dem Fahrrad erreichbar sind, es carsharing, bikesharing und ein Lastenradverleihsystem gibt sowie eine hohe Dichte an Haltestellen und Bustakten. Zudem wird unser Verhalten auch von unserem Umfeld geprägt. Verhalten sich viele Menschen in unserem Umfeld klimafreundlich, färbt das auch auf uns ab: Zum Beispiel wirkt es viel stärker, wenn sich Familienmitglieder vegetarisch ernähren und damit indirekt für vegetarische Ernährung werben oder der Handwerker des Vertrauens zu einer Dachdämmung rät.

Das gleiche gilt jedoch auch für das Gegenteil. Die Bereitschaft alleine sagt also noch nichts darüber aus, ob sich jemand tatsächlich klimafreundlich verhält.

Wieland Stötzel

Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 14**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Myriam Hövel
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

Im Rahmen des Digitalpaktes Hessen stellt das Land den Schulen in den nächsten 5 Jahren 500 Millionen Euro für die Verbesserung der IT-Ausstattung, der Fortbildung der Lehrkräfte und für die pädagogische Unterstützung bei der Implementierung der digitalen Medien zur Verfügung. Die Schulen sind angehalten, ein Medienbildungskonzept vorzulegen.

Kann der Magistrat bitte Auskunft über die Umsetzung des Digitalpaktes an Marburger Schulen geben.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 40 - Schule
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Universitätsstadt Marburg wird das Förderprogramm „Digitale Schule Hessen“ in Anspruch nehmen. Im Förderzeitraum 2019 bis 2024 stehen der Universitätsstadt Marburg inkl. Eigenanteil in Höhe von 25% insgesamt ca. 6.000.000 € zur Verfügung.

Gemäß § 4 Hessisches Digitalpakt-Schule-Gesetz – HDigSchulG sind Investitionen in die folgenden Maßnahmen förderfähig:

- Aufbau und Verbesserung der digitalen Vernetzung in Schulgebäuden und auf Schulgeländen
- Schulisches WLAN
- Anzeige und Interaktionsgeräte „Präsentationstechnik“
- Digitale Arbeitsgeräte
- Schulgebundene mobile Endgeräte bis max. 20% des Gesamtinvestitionsvolumens

Die Bereiche Vernetzung, WLAN und Präsentationstechnik sollen möglichst flächendeckend umgesetzt werden.

Der Fachdienst Schule hat bereits mit den folgenden Maßnahmen begonnen:

- Bestandsaufnahme der technischen Infrastruktur (Strom und Netzwerkverkabelung) in allen Klassen- und Fachräumen der Marburger Schulen
- WLAN-Planung für alle relevanten Bereiche mit unterrichtlicher Nutzung in allen Marburger Schulen
- Markterkundung Präsentationstechnik

Im Anschluss daran sind die folgenden weiteren Schritte geplant:

- Abstimmung der Ergebnisse der Bestandsaufnahme der Infrastruktur und Ableitung der erforderlichen Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Hochbau
- Umsetzungsplanung der Ergebnisse der WLAN-Planung in Abhängigkeit der ggf. notwendigen Infrastrukturmaßnahmen
- Test, Auswahl und ggf. Ausschreibung einer Präsentationstechniklösung

Eine detailliertere Planung kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht aufgezeigt werden. Die notwendigen Aufwände im Bereich Infrastruktur müssen zunächst geprüft, beurteilt und geplant werden. Weiterhin sind mehrere Ausschreibungsverfahren, zum Teil sehr wahrscheinlich im europaweiten Bereich, notwendig.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

**Kleine Anfrage Nr. 15  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Marco Nezi
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

Inwiefern hat der Magistrat bereits die Möglichkeit in Erwägung gezogen, städtische Fahrzeuge (insbesondere E-Autos), die regulär nur in den Dienstzeiten genutzt werden, auch für Carsha-

ring zur Verfügung zu stellen, um diese auch vor allem abends und am Wochenende nutzen zu können?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal und Organisation
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Der Magistrat hat die Möglichkeit, städtische Fahrzeuge für das Carsharing zur Verfügung zu stellen, aus nachfolgenden Gründen nicht in Betracht gezogen.

Die Stadtverwaltung der Universitätsstadt Marburg nimmt das Angebot des Carsharings selbst in Anspruch. Dies bedeutet, dass die Fachdienste in aller Regel selbst keine Dienstfahrzeuge besitzen, welche weitervermietet werden könnten. Im Eigentum der Stadt befinden sich vielmehr lediglich drei Fahrzeuge. Die restlichen Fahrzeuge sind geleast und können aus versicherungsrechtlichen Gründen nicht ohne Weiteres weitervermietet werden. Darüber hinaus sind einzelne Fahrzeuge mit speziellen technischen Aufbauten ausgerüstet, damit sie im Arbeitsalltag durch die Mitarbeiter\*innen genutzt werden können. Der überwiegende Teil der Dienstfahrzeuge würde also von vornherein nicht für das Carsharing zur Verfügung stehen.

Ein weiterer Grund, der gegen die Überlassung der Fahrzeuge an das Carsharing spricht, ist die Organisation des Carsharings an sich. Die Fahrzeuge werden über eine Online-Plattform bereitgestellt bzw. gebucht und müssen mit einer Karte oder einem Chip zu öffnen sein. Das Aufrüsten der städtischen Fahrzeuge mit dem dafür erforderlichen Equipment, in Verbindung mit dem nur begrenzt möglichen Nutzungszeitraum (abends / am Wochenende), führt aus Sicht des Magistrats sowohl bei dem Carsharing-Unternehmen als auch bei der Stadt zu einem unverhältnismäßig hohen Aufwand.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 16  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Marco Nezi
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

Welche Möglichkeiten zur Reduzierung der Geschwindigkeit wurden bereits in Michelbach im Neubaugebiet im Bereich Lindenplatz geprüft, um dort Tempo-30 für den motorisierten Verkehr einzuhalten, und wird dies im Zuge der Errichtung einer Querungshilfe im Bereich Sterzhäuser Straße/Lindenplatz bereits beachtet, etwa in Form einer zusätzlichen Verkehrsinsel oder durch die Errichtung von Bremsschwellen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Um die Akzeptanz der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h zu erhöhen, war im Jahr 2019 in der Goßfeldener Allee in Höhe des Lindenplatzes temporär eine Geschwindigkeitsanzeigetafel angebracht.

Zur Ermittlung der tatsächlich in diesem Bereich gefahrenen Geschwindigkeiten wird der Fachdienst Straßenverkehr eine Verkehrserhebung mit einem Seitenradar-Messgerät durchführen. Anhand der Ergebnisse wird dann zusammen mit dem regionalen Verkehrsdienst der Polizei und den zu beteiligenden städtischen Fachdiensten geprüft, ob und ggf. welche weiteren Maßnahmen für die Gewährung der Verkehrssicherheit in diesem Bereich erforderlich sind.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 17**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Winfried Kissel
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

Die Stadt Wedel in Schleswig-Holstein will als erste Stadt Deutschlands flächendeckend zusätzliche ertastbare Straßenschilder für Sehbehinderte montieren. Die Schilder sind etwa so groß wie zwei aneinandergelegte Bauklötze. Sie werden in etwa 1,40 Meter Höhe an bereits bestehende Straßenschild-Masten montiert. Im gesamten Stadtgebiet von Wedel sollen mehr als 370 blaue Schilder mit weißer Schrift angebracht werden. Beabsichtigt der Magistrat auch in Marburg solche Straßenschilder für Sehbehinderte anzubringen, auch aufgrund der besonderen Situation in Marburg (z.B. Blindenstudienanstalt)?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Aufgrund der besonderen Situation in Marburg mit der Blindenstudienanstalt und vielen Menschen mit Sehbehinderung könnte eine derartige Beschilderung geeignet sein, die Orientierung in der Stadt zu erleichtern.

Bei dem nächsten „Runden Tisch Tiefbau“ mit Beteiligung von Mitgliedern des Behindertenbeirates, der Blista, Vertretern von Sehbehindertenverbänden sowie der städtischen Fachdienste Tiefbau und Straßenverkehr wird die Anregung erörtert und geprüft, ob diese als sinnvoll angesehen wird und in welcher Form ggf. eine Umsetzung erfolgen kann.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 18**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Winfried Kissel
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

In Deutschland fehlen einem Medienbericht zufolge Spezialisten und Ausrüstung zur Waldbrandbekämpfung.

Der Verband der Feuerwehren in NRW kritisiert, dass es an Spezialisten sowie an entsprechender Ausrüstung zur Bekämpfung von Waldbränden mangle. Sind die Marburger Feuerwehren auf großflächige Waldbrände ausreichend vorbereitet und ausgerüstet? Aufgrund des Klimawandels steigt die Gefahr von Waldbränden deutschland- und weltweit.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 37 - Brandschutz
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Konzepterstellung und spezielle Vorbereitung der Feuerwehr Marburg auf großflächige Wald- und Flächenbrandlagen ist ein Handlungsfeld, das im Feuerwehrbedarfs- und Entwicklungsplan 2019-2028 vorgesehen ist.

Derzeit verfügt die Feuerwehr Marburg über allgemeine Materialien, die auch bei Wald- und Flächenlagen gut einsetzbar sind. Art und Umfang der bisherigen Ereignisse haben gezeigt, dass

mit diesen Basismaterialien bereits ein umfassender und guter Schutz möglich ist. Aufgrund der zu erwartenden Klimaänderung, und die damit verbundene Häufung dieser Brandereignisse, sollen handhabungsfreundlichere und vor allem leichtere Materialien beschafft und der Einsatz damit geübt werden. Aus diesem Grund sind bereits im Haushaltsentwurf 2020 Finanzmittel für die Beschaffung von Sondermaterialien „Waldbrand“ vorgesehen. Dies stellt den ersten Schritt der weiterführenden Planung dar. Außerdem wird zur Zeit das Konzept zur Waldbrandbekämpfung innerhalb der Universitätsstadt Marburg evaluiert.

Aufgrund der Struktur der Freiwilligen Feuerwehr Marburg mit über 540 ehrenamtlichen und 31 hauptamtlichen Kräften sind wir personell für größere Brandereignisse gut gerüstet.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

### **Kleine Anfrage Nr. 19 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Roland Böhm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Wie viele Kinder wurden 2019 in Marburg geboren und welche Auswirkungen hat das auf die bisherige Prognose zum Bedarf an Kitaplätzen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 5 - Kinder, Jugend, Familie
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

#### **Stellungnahme/Antwort:**

Für die Frage nach dem aktuellen und zukünftigen Bedarf an Krippen- und KiTa-Plätzen ist nicht maßgeblich, wie viele Kinder in Marburg geboren wurden, sondern wie viele Kinder eines Geburtsjahrgangs in Marburg leben, unabhängig davon, wo diese Kinder geboren wurden.

Danach verzeichnen wir in Marburg einen Rückgang der Kinder, die in 2019 geboren wurden, auf 602. Zum Vergleich: Am Beginn des Folgejahres waren es 619, die 2017 und 640, die 2018 geboren wurden.

Trotz dieses Rückgangs ist die Zahl der Kinder weiterhin auf einem im Vergleich zu den Jahren vor 2015 überdurchschnittlichen Niveau, wieder wurde die Zahl 600 überschritten. Der Bedarf bleibt weiterhin hoch, eine genaue Analyse werden wir vorlegen, wenn die Zahlen für die KiTa-Planung kleinräumig vorliegen und ausgewertet sind.

Zwei Entwicklungen fallen auf:

1. Marburg verliert Kinder in den ersten Lebensjahren durch Fortzug, ein sog. "negatives Wanderungssaldo". Ein Beispiel: Im Februar 2019 in Marburg waren 640 Kinder des Geburtsjahrgangs 2018 in Marburg gemeldet, aktuell sind es noch 626. Für den Geburtsjahrgang 2017 waren es 619, jetzt sind es noch 602. Durch Fortzüge reduziert sich der Bedarf also etwas.
2. Die unterschiedliche Entwicklung innerhalb des Stadtgebietes hält weiter an, in der Kernstadt sind weiterhin steigende Kinderzahlen zu verzeichnen.

Wir werden deshalb die Ausbauanstrengungen weiterhin vor allem auf die Kernstadt legen müssen, um den wachsenden Bedarf in der Kernstadt zu decken.

Eine detaillierte und aktuelle Prognose werden wir mit der Fortschreibung der KiTa-Planung vorlegen.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

**Kleine Anfrage Nr. 20  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Christian Schmidt
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

Nach welchen Kriterien erfolgen Verkäufe oder Verpachtungen landwirtschaftlicher Flächen in städtischem Eigentum?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Verkäufe von landwirtschaftlichen Flächen erfolgen erfahrungsgemäß im seltenen Einzelfall (der letzte Verkauf liegt 10 Jahre zurück). Falls es zu einem Verkauf kommen sollte, würde dieser regelhaft zuvor mit den städtischen Fachdiensten, der Unteren Naturschutzbehörde, dem Ortslandwirt sowie dem Landratsamt, Fachbereich Ländlicher Raum und Verbraucherschutz abgestimmt werden. Der Verkauf erfolgt danach erst nach Zustimmung von Ortsbeirat, Magistrat sowie Bau- und Planungsausschuss.

Verpachtungen landwirtschaftlicher Flächen erfolgen ebenfalls unter Einbeziehung und mit Zustimmung der Unteren Naturschutzbehörde sowie der Ortsvorsteher und Ortslandwirte des jeweiligen Stadtteiles.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 21  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Christian Schmidt
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

In welchem Rahmen, durch wen und in welcher Regelmäßigkeit finden Kontrollen des Verbots der Ausbringung von Kunstdünger, Pestiziden und gentechnisch veränderter Organismen (GVO) auf von Seiten der Stadt verpachteten, landwirtschaftlichen Flächen statt?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Regelmäßige Kontrollen sind aus technischen und fachlichen Gründen nicht möglich.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 24**

Die Frage wurde durch die Fragestellerin zurückgezogen.

**Kleine Anfrage Nr. 25**



## zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Marianne Wölk
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu erteilen, wann der Konrad-Baier-Weg zwischen Gerhart-Hauptmann-Straße 18 und der Kita beleuchtet wird?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

Zunächst ist festzustellen, dass der direkte Weg von der Gerhart-Hauptmann-Str. 18 zur KiTa Gerhart-Hauptmann-Str. 2 entlang der Gerhart-Hauptmann-Str. führt und durchgehend beleuchtet ist. Der angesprochene Abschnitt des Konrad-Baier-Weges führt zu Spiel- und Sportplätzen und ist nicht beleuchtet. Dies ist auch nicht erforderlich, da diese Einrichtungen ebenfalls nicht beleuchtet sind und bei Dunkelheit nicht genutzt werden sollen. Zudem muss in Zeiten des Klimanotstandes der Zubau von Straßenleuchten wo immer es geht vermieden werden. Daher ist es nicht beabsichtigt, diesen Teil des Konrad-Baier-Weges zu beleuchten.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## **Kleine Anfrage Nr. 26 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dietmar Göttling
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

Welche Auswirkungen auf die Entwicklung bzw. der zukünftigen Nutzung des Lokschuppens im Waggonhallenareal hat der angekündigte Rückzug des Hauptmieters und besteht die Stadt Marburg auf die Erfüllung aller im Kaufvertrag fixierten Festschreibungen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Es gibt keine Auswirkungen.

Alle im Kaufvertrag fixierten Festschreibungen bleiben bestehen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## **Kleine Anfrage Nr. 27 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020**

<b>Fragesteller/in:</b>	Stefanie Wittich
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Wieviele Kinder sind derzeit auf der Warteliste für einen Schwimmkurs, aufgeschlüsselt nach Seepferdchen-, Bronze- ("Freischwimmer") oder anderweitigem Schwimmkurs?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 74 - Städtische Bäder
-------------------------------------	--------------------------

**Stellungnahme/Antwort:**

Zu der Frage, wieviele Kinder derzeit auf der Warteliste für einen Schwimmkurs stehen, ist vorab festzustellen, dass es in Marburg mehrere Anbieter für Kinderschwimmkurse und Fortgeschrittenkurse gibt. Neben den Städtischen Bädern (FD 74) sind dies:

- Die Schwimmabteilung des VfL Marburg mit Kursen im Sport- und Freizeitbad AquaMar und im Hallenbad in Wehrda
- Der Marburger Schwimmverein (MSV) mit Kursen im Hallenbad Wehrda, im Kinderzentrum Weißer Stein und im Hallenbad in Heskern
- Die Schwimmabteilung des FV Wehrda mit Kursen im Hallenbad in Wehrda
- Die DLRG mit Kursen im Hallenbad in Wehrda
- Ein privater Anbieter über das Kinderzentrum Weißer Stein
- Die Schwimmschule Delfish über das Kinderzentrum Weißer Stein
- Die Schwimmschule Marlin über das Kinderzentrum Weißer Stein

Die Städtischen Bäder bieten normalerweise Kurse im AquaMar und im Hallenbad in Wehrda an. Aufgrund der Tatsache, dass das Lehrschwimmbecken im AquaMar aufgrund der Schließung nicht nutzbar ist, können hier seit September letzten Jahres keine Kurse angeboten werden. Dies führt dazu, dass die Zahl auf der Warteliste deutlich erhöht ist.

Momentan gibt es beim Fachdienst Städtische Bäder 148 Kinder auf der Warteliste für das AquaMar und 55 Kinder für das Hallenbad in Wehrda für den Anfängerkurs/Seepferdchenkurs. Fortgeschrittenkurse werden zurzeit nicht angeboten, da bei uns nahezu keine Anfragen vorliegen.

Wie die Wartelisten der anderen Anbieter aussehen, können wir nicht beantworten.

Grundsätzlich verweisen wir bei den Anfragen und Anmeldungen für die Städtischen Bäder immer auch auf die anderen Anbieter. Viele Eltern wünschen aber explizit den Kurs bei den Städtischen Bädern und nicht bei einem Verein oder privaten Trägern.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

Nach Ablauf der für die Fragestunde vorgesehenen Zeit erklärt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Büchner diese für beendet. Die Fragen Nr. 11 und 12, 22 und 23 sowie 28 bis 40 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

---

**zu 4      Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2019 - 2023, Haushaltssatzung, Stellenplan und Haushaltssicherungskonzept der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2020 - 2. Lesung und Beschlussfassung  
Vorlage: VO/7256/2020**

---

Mit Aufruf des Tagesordnungspunktes um 17:17 Uhr übernimmt Stadtverordnetenvorsteherin Wölk wieder die Sitzungsleitung.

Zu dem Tagesordnungspunkt liegen den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung folgende Unterlagen vor:

- Haushaltssicherungskonzept 2020

- Liste der beantragten Einzelabstimmungen
- Liste der durch den HFA zur Annahme empfohlene Anträge
- Liste der durch den HFA zur Ablehnung empfohlene Anträge
- Beschlussvorlage zum Haushalt mit
  - Investitionsprogramm 2019 – 2023
  - Stellenplan 2020
  - Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020
  - Übersicht Ergebnishaushalt
  - Übersicht Finanzhaushalt
  - Zusammenfassung der Investitions- und Finanzierungstätigkeiten nach Fachbereichen
  - Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeiten

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Er verweist auf die durch die Fraktionen beantragten Einzelabstimmungen, Aussprache wurde im Ausschuss angemeldet.

Im Rahmen der Haushaltsdebatte, in der der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Heck die Sitzungsleitung von 20:10 Uhr bis 20:15 Uhr inne hat, sprechen die Stadtverordneten Simon, Bamberger, Seitz, Bastian, Ditschler, Suntheim-Pichler, Hövel, Pfalz, Dr. Neuwohner, Böhm, Dr. Uchtmann, Frese, Sell, Seipp, Göttling, Bauder-Wöhr, Freitag, Hussein, Pfalz, Wittich, Klusmann, Seipp, Bokelmann und Pfalz.

Nach Schluss der Debatte ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zu den anstehenden Abstimmungen auf. Es folgen zunächst die beantragten Einzelabstimmungen.

### **Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen der Fraktion B90/Die Grünen:**

#### Ergebnishaushalt:

Produkt:	240010	„Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen“	
Pos.-Nr.	15	Einstieg in den kostenlosen ÖPNV für Jugendliche (50% für 2020)	+ 600.000 €

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
 Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
 Enthaltung: FDP/MBL

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt:	550020	„Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen“	
Pos.-Nr.	15	+ 3 T€ für fib e.V. für Freizeit- u. Ferienangebote und + 65 T€ für Marburger Tafel e.V.	+ 68.000 €

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
 Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
 Enthaltung: FDP/MBL

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Finanzhaushalt Investitionen:

Produkt: 240010 „Sonstige schulische Aufgaben“  
Investnr. neu Schulwegesicherungskonzept + 20.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt: 240070 „Bereitstellung und Betrieb von Gymnasien“  
Investnr. neu Naturwissenschaftliche Räume Elisabethschule + 375.000 €  
VE + 200.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt: 662030 „Parkierungsanlagen“  
Investnr. neu Umsetzung Konzept Fahrradstation Hauptbahnhof + 500.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Enthaltung: FDP/MBL

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt: 467030 „Klimaschutz“  
Pos.-Nr. neue I-Nr. Planungskosten Windkraft + 150.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

**Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen der Fraktion Marburger Linke:**

Haushaltsatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2020

## § 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

### 2. Gewerbesteuer auf 440 v. H.

Falls die großen Arbeitgeber (über 100 Beschäftigte) bis 15. Juni 2020 Jobtickets für ihre Beschäftigten eingeführt haben, erfolgt bis 30. Juni eine Senkung des Hebesatzes auf 420 v. H.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

#### Ergebnishaushalt:

Produkt:	110700	„Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)“	
	Ziel:	Steigerung der ÖPNV-Fahrgastzahlen um 10% durch	
Pos.-Nr.	15	Einführung der im VEP vorgesehenen Schnellbuslinien, kostenloses Schülerticket und Einführung Jobticket für Beschäftigte in Marburg	+ 8.800.000 €

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: B90/Die Grünen

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt:	161520	„Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“	
Pos.-Nr.	13	Neu: Quartiersentwicklungskonzept Richtsberg	+ 150.000 €

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt:	467030	„Klimaschutz“	
Pos.-Nr.	Ziel:	Verringerung des MIV-Aufkommens um 3,5%	

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt: 467030 „Klimaschutz“  
Pos.-Nr. Ziel: Warmmietenneutrale energetische Sanierung der Mietwohnungen

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt: 555010 „Wohnungswesen“  
Pos.-Nr. Ziel: Bestand an Sozialwohnen um netto 120 erhöhen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt: 752010 „Migration und Flüchtlingshilfe“  
Pos.-Nr. 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen  
Unterbringung von Geflüchteten im Rahmen  
„200 nach Marburg-Biedenkopf“ + 500.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Finanzhaushalt Investitionen:

Produkt: 662010 „Grunderwerbskosten“  
Investnr. I621.002.5 Beginn Bodenbevorratungspolitik zur Beeinflussung  
der Baupreise + 3.000.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt: 666010 „Verkehrsanlagen“  
Investnr. I661.016.9 Bau von Fuß- und Radwegen zur Umsetzung  
Radverkehrsplan  
+ 1.445.000 €  
VE + 1.270.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

**Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen der FDP/MBL-Fraktion:**

Ergebnishaushalt:

Produkt: 110550 „Presse und Öffentlichkeitsarbeit“  
Sachkonto 6861300 Publikation Studier mal Marburg  
(Studier mal Marburg einstellen.)  
- 110.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, FDP/MBL  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Enthaltung: Marburger Linke

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt: 009010 „Organisation und Dokumentation kommunaler  
Willensbildung“  
Sachkonto 6131000 Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige  
10% mehr zur Anpassung Aufwandsentschädigung  
für Ortsbeiratsmitglieder  
+ 21.576 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: FDP/MBL  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Enthaltung: B90/Die Grünen, Marburger Linke

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Nach Abarbeitung der beantragten Einzelabstimmungen lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die vorliegende Liste der Anträge abstimmen, denen der Haupt- und Finanzausschuss die Zustimmung empfiehlt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL  
Enthaltung: keine

Die in der Liste aufgeführten Änderungsanträge sind damit angenommen.

---

Es folgt die Abstimmung über die vorliegende Liste der Anträge, denen der Haupt- und Finanzausschuss die Ablehnung empfiehlt. Diese werden einzeln wie folgt zur Abstimmung aufgerufen:

#### **Liste der Anträge der Fraktion B90/Die Grünen zur 2. Lesung des Haushaltes 2020**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Enthaltung: keine

Die Änderungsanträge der Fraktion B90/Die Grünen sind damit abgelehnt.

---

#### **Liste der Anträge der Fraktion Marburger Linke zur 2. Lesung des Haushaltes 2020**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Die Änderungsanträge der Fraktion Marburger Linke sind damit abgelehnt.

---

#### **Liste der Anträge der FDP/MBL-Fraktion zur 2. Lesung des Haushaltes 2020**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: FDP/MBL  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM  
Enthaltung: keine

Die Änderungsantrag der FDP/MBL-Fraktion sind damit ebenfalls abgelehnt.

---

Abschließend ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zur Abstimmung über die Punkte 1 bis 4 der Beschlussvorlage zum Haushalt 2020 (VO/7256/2020) auf, die die zuvor gefassten Beschlüsse bereits beinhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

- 1. Das vorliegende Haushaltssicherungskonzept gemäß § 92a Hess. Gemeindeordnung (HGO) für den Finanzhaushalt 2020 wird beschlossen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM  
Nein-Stimmen: keine  
Enthaltung: keine

- 2. Gemäß § 101 Abs. 3 der Hess. Gemeindeordnung wird das vorgelegte Investitionsprogramm der Stadt Marburg für den Planungszeitraum 2019 bis 2023 mit einem Volumen von 156.007.000 € beschlossen.**



**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL  
Enthaltung: keine

- 3. Der Stellenplan 2020 der Universitätsstadt Marburg für die allgemeine Verwaltung wird auf 116,601 Beamtenstellen und 943,437 Beschäftigtenstellen nach TVöD festgesetzt.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM  
Nein-Stimmen: keine  
Enthaltung: keine

- 4. Die vorliegende Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg gemäß der §§ 94 ff. HGO wird beschlossen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL  
Enthaltung: keine

Die Abstimmungen zum Haushalt 2020 schließen mit dem Votum über den Gesamthaushalt 2020 mit folgendem Ergebnis:

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL  
Enthaltung: keine

---

**zu 5 Besetzung des Ortsgerichts Marburg I  
- Wahl eines/r Ortsgerichtsschöffen/in  
Vorlage: VO/7263/2020**

---

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kiesel. Dem Ausschuss lag der in der Vorlage enthaltene Wahlvorschlag der SPD-Fraktion vor. Weitere wurde nicht unterbreitet. Der Ausschuss empfiehlt die Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen durchzuführen.

Der Empfehlung des Wahlvorbereitungsausschusses wird nicht widersprochen. Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft deshalb zur Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen auf.

**Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Klaus Nickel, wohnhaft Ockershäuser Schulgasse 8, 35037 Marburg, zum Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Marburg I.**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

---

**zu 6 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg  
Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 18/27 Steinmühle - Schule  
und Internat im Stadtteil Cappel  
Vorlage: VO/7167/2019**

---

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Schaffner. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen. Dies gilt ebenso für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften, von dessen Vorberatung der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Meyer, berichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Ausschussempfehlungen an und beschließt:

**Für den im Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 18/27 "Steinmühle - Schule und Internat" der Universitätsstadt Marburg, Stadtteil Cappel, gefasst.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

---

**zu 7 Kanalgebührenhaushalt Nachkalkulation 2018 und Gebührenkalkulation 2020  
Vorlage: VO/7172/2019**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin fasst die Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlüsse:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vorliegenden Gutachten zur Nachkalkulation der Abwassergebühren für das Jahr 2018 sowie der Abwassergebührenkalkulation für das Jahr 2020 auf der Basis eines kalkulatorischen Zinssatzes von 4,2 % und von Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerten zu.**
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Erstattung der ausgewiesenen Überdeckung aus dem Straßenentwässerungskostenanteil für das Jahr 2018 in Höhe von 70.249,02 EUR an die Universitätsstadt Marburg zu.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

---

**zu 8 Wirtschaftsplan 2020 für den DBM  
Vorlage: VO/7173/2019**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dort wurde von Seiten der CDU-Fraktion eine Notiz zu Protokoll gegeben, der die Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen, FDP/MBL und BfM beigetreten sind. Unter dem in der Protokollnotiz formulierten Vorbehalt empfiehlt der Ausschuss einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt die Vorlage analog dem Vorgehen im Haupt- und Finanzausschuss mit der dort formulierten Protokollnotiz zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vorgelegtem Wirtschaftsplan des DBM für das Geschäftsjahr 2020 zu.**

Protokollnotiz:

Die Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2020 erfolgt unter dem Vorbehalt der durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Organisationsprüfung. Insbesondere bei den anstehenden Investitionen ist darauf abzustellen, dass, bei Anerkennung der grundsätzlichen Notwendigkeit durch die Stadtverordnetenversammlung, noch nicht abgeschätzt werden kann, durch wen die Investition erfolgen wird.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 9 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2019  
Vorlage: VO/7174/2019**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

**Der Bestellung der Theobald Jung Scherer AG, Auweg 15, 35216 Biedenkopf als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM) wird zugestimmt.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 10 Jahresabschluss 2018 der Stiftung St. Jakob  
Vorlage: VO/7212/2020**

---

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung der Marburger Linke ansonsten einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin fasst die Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlüsse:

- 1. Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2018 wird mit einer Bilanzsumme i.H.v. 5.859.175,12 EUR festgestellt. Der Jahresüberschuss i.H.v. 38.795,46 EUR wird in die Ergebnisrücklage eingestellt.**
- 2. Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Stiftung St. Jakob durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: Marburger Linke

---

**zu 11      Wirtschaftsplan 2020 der Stiftung St. Jakob**  
**Vorlage: VO/7224/2020**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und fasst folgenden Beschluss:

**Der vorgelegte Wirtschaftsplan 2020 der Stiftung St. Jakob wird beschlossen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

---

**zu 12      Bürgerschaft der Stadt Marburg für die Mitgliedschaft der Marburger Verkehrs-**  
**gesellschaft bei der KVK Zusatzversorgungskasse Kassel**  
**Vorlage: VO/7266/2020**

---

Auch diese Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin:

**Der Magistrat wird ermächtigt, gegenüber der Zusatzversorgungskasse Kassel, die vorliegende Bürgerschaftserklärung zu Gunsten der Marburger Verkehrsgesellschaft (MVG) - unter dem Vorbehalt der aufsichtsbehördlichen Genehmigung - abzugeben.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

---

**zu 13      Dringlichkeitsanträge**

---

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

---

**zu 14      Anträge des Kinder- und Jugendparlaments**

---

---

**zu 14.1    Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr.: Sicherer Übergang an der**  
**Grundschule Marbach**  
**Vorlage: VO/7168/2019**

---

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Schaffner. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag des Kinder- und Jugendparlaments zuzustimmen. Dies gilt ebenso für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder, von dessen Vorberatung der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Seitz, berichtet.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenversammlung fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die bestmögliche, sicherste Übergangsmöglichkeit über die Straße vom neuen Gebäude der Grundschule Marbach, das nächstes Jahr gebaut werden soll, zum alten zu prüfen und zu klären, ob eine zeitweise Sperrung der Straße Haselhecke auf der Höhe der Schule durch absenkbarer Poller, auch ohne den Bau ausgewiesener Wendemöglichkeiten, möglich wäre.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

---

**zu 15      Anträge der Fraktionen**

---

**zu 15.1    Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einführung von Tempo 30 auf der Frankfurter Straße  
Vorlage: VO/7033/2019**

---

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zurückverwiesen.

**zu 15.2    Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kritik an Fahrpreiserhöhung durch den RMV  
Vorlage: VO/7217/2020**

---

Zu dem Antrag hat die antragstellende Fraktion Aussprache angemeldet, die nach Absprache im Ältestenrat wegen der Haushaltsdebatte auf die März Sitzung verschoben wird.

**zu 15.3    Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Kein Umbau des „Hof Mengel“ in Dagobertshausen zu einem Hotel- und Konferenzkomplex  
Vorlage: VO/7235/2020**

---

Zu dem Antrag ist Aussprache angemeldet, die nach Absprache im Ältestenrat wegen der Haushaltsdebatte in die März Sitzung verschoben wird.

**zu 15.4    Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Halbes Schwimmbad zum halben Preis: Halbierung der Eintrittspreise im AquaMar während der Teilöffnung  
Vorlage: VO/7240/2020**

---

Für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet der stellv. Vorsitzende, Stadtverordneter Seitz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, den Antrag abzulehnen. Dies gilt auch für den Haupt- und Finanzausschuss, von dessen Vorberatung der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, berichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin wie folgt:

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:      Marburger Linke, FDP/MBL  
Nein-Stimmen:    SPD, CDU, BfM  
Enthaltungen:    B90/Die Grünen

**Der Antrag ist damit abgelehnt.**

---

**zu 15.5 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr. WLAN-Access-Points an Straßenlampen und in Bussen des ÖPNV  
Vorlage: VO/7249/2020**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde im Ausschuss ergänzt. Dem Antrag in der ergänzten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt sodann über die ergänzte Fassung des Antrages abstimmen und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt zu prüfen, ob die Stadtwerke Marburg in der Innenstadt in den Straßenlampen, den Bushaltestellen und auch in den Bussen WLAN-Access-Points einrichten können, um ein WLAN-Netz auf Basis von Freifunk oder City Wifi anbieten zu können. Die Kosten dafür sind zu ermitteln.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

---

**zu 15.6 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Optimierung ÖPNV  
Vorlage: VO/7250/2020**

---

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet die stellv. Vorsitzende, Stadtverordnete Schaffner. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

**Der Magistrat wird unter der Einbindung der Mobilitätsmanagerin aufgefordert, Gespräche mit der Universität, großen Betrieben (u.a. dem Klinikum), den Schulen (mit Schüler- und Elternvertretung) sowie dem staatlichen Schulamt und unter Einbindung der Stadtwerke mit dem Ziel zu führen, die morgendlichen Anfangszeiten in Schulen, Universität und Betrieben so zu entzerren, dass die Kapazitäten des ÖPNVs optimal genutzt werden können. Ziel muss es sein, im Nahverkehr die Emissionen, insbesondere auch durch flüssiger fließende Verkehre, zu reduzieren. Dazu können auch Halte- und Bringzonen beitragen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

---

**zu 15.7 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Lieferwagen-Stau in Oberstadt  
Vorlage: VO/7251/2020**

---

Auch dieser Antrag ist im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr vorberaten worden. Es berichtet die stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Schaffner. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung zu dem Antrag.

Dem schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und fasst folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, in Zusammenarbeit mit dem Mobilitätsmanagement, der Wirtschaftsförderung, dem Stadtmarketing, der Straßen- und Verkehrsbehörde, den Ortsbeiräten Oberstadt und Campusviertel und weiteren Beteiligten ein Konzept zu entwickeln, wie der Lieferverkehr in die Oberstadt reduziert werden kann.**

**Diese Prüfung soll auch im Kontext mit dem Oberstadtentwicklungskonzept erfolgen und dessen Ergebnisse direkt mit einbeziehen.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 15.8 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM, CDU betr.: Unterstützung Seniorentickets  
Vorlage: VO/7252/2020**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde im Ausschuss ergänzt. Der ergänzten Fassung empfiehlt der Ausschuss bei Enthaltung der FDP/MBL-Fraktion einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag in der ergänzten Fassung abstimmen und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob im Rahmen des RMV-Senior\*innentickets / Schüler\*innentickets für 365 Euro Marburger Senior\*innen und Schüler\*innen die über den Stadtpass gewährte Beihilfe auch auf dieses RMV-Ticket angerechnet werden kann und einen Vorschlag für die Umsetzung zu unterbreiten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: FDP/MBL

---

**zu 15.9 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Ausbildungsstandort Marburg für Hebammen erhalten  
Vorlage: VO/7254/2020**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dort ist die Fraktion B90/Die Grünen dem Antrag beigetreten. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Dem schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und fasst folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, möglichst gemeinsam mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf beim Land Hessen dafür einzutreten, dass der Ausbildungsstandort Marburg für Hebammen unbedingt erhalten bleibt.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 15.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Klimaschutz – Konkret –  
„Klimaschutzfonds.Marburg.2030“  
Vorlage: VO/7260/2020**

---

Zu dem Antrag ist Aussprache angemeldet, die – wie im Ältestenrat vereinbart – wegen der Haushaltsdebatte auf die Märzsitzung verschoben wird.

---

**zu 15.11 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine Zweckentfremdung des  
Lahntalradweges  
Vorlage: VO/7275/2020**

---

Der Antrag wurde mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr verwiesen.

---

**zu 16 Kennnismnahmen**

---

**zu 16.1 Liquiditätsnachweis und vorläufige Finanzrechnung 2019  
Vorlage: VO/7228/2020**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vorgelegten Liquiditätsnachweis und die vorläufige Finanzrechnung 2019 zur Kenntnis.

---

**zu 16.2 Zweiter Teilhabebericht der Universitätsstadt Marburg: Beeinträchtigungen,  
Behinderungen - Teilhabe  
Vorlage: VO/7267/2020**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Zweiten Teilhabebericht der Universitätsstadt Marburg zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk dankt allen Anwesenden für ihr Erscheinen und schließt die Sitzung um 20:45 Uhr.

Marburg, 26.05.2020

Marianne Wölk  
Stadtverordnetenvorsteherin

Lothar Sprenger  
Protokoll

Matthias Simon  
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Jens Seipp  
Vorsitzender der CDU-Fraktion



## **Anlagen**

Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 11, 12, 22 und 23 sowie 28 bis 40

## Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Oliver Hahn
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

Der Magistrat wird gebeten Auskunft zu geben, ob eine zweite „Rednerzeit-Uhr“ für den Stadtverordnetensitzungssaal z.B. an der Wand hinter dem Rednerpult angedacht ist, damit auch anwesende Gäste und die Stadtverordneten selbst zukünftig die Redezeiten besser einsehen können.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 09 - Unterstützung Kommunalen Gremien
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die Redezeituhr dient zum einen dem/der Redner\*in zur Orientierung und damit besseren zeitlichen Einteilung seines/ihres Redebeitrages, zum anderen aber auch zur Überwachung der Einhaltung der Redezeit durch die Stadtverordnetenvorsteherin bzw. die Sitzungsleitung. Ihr allein obliegt diese Aufgabe und auch das Recht bei einer Überschreitung der Redezeit einzugreifen.

Sowohl für die Rednerinnen und Redner als auch für die Stadtverordnetenvorsteherin bzw. Sitzungsleitung ist die vorhandene Redezeituhr gut zu erkennen. Aus Sicht des Magistrats besteht deshalb auch im Hinblick auf zusätzliche Kosten keine Bedarf für die Anbringung einer zweiten Redezeituhr.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Oliver Hahn
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

Der Magistrat wird um Auskunft geben, welche Straßen in Marburg bzw. in den Außenstadtteilen seit 2002 aus welchem Grund und mit welchem Kostenaufwand mit einem versenkbaren Poller versehen wurden, und ob weitere Poller in der Stadt geplant oder beabsichtigt sind?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Automatisch versenkbare Poller wurden in Marburg am Hanno-Drechsler-Platz und am Obermarkt errichtet. Beide Poller sollen eine unerlaubte Durchfahrt verhindern und die Aufenthaltsqualität dieser Fußgängerbereiche erhöhen.

Ein weiterer Poller ist für den Firmaneiplatz geplant, um die Zufahrt nach der Neugestaltung zu beschränken.

Die Kosten für den in 2011 errichteten Poller am Hanno-Drechsler-Platz betragen ca. 20.000,- €, die für den in 2019 errichteten Poller am Obermarkt ca. 26.000,- €.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Im September 2019 konnte der Magistrat auf Nachfrage keine verlässliche Aussage über Baubeginn und Fertigstellung der Gedenkinstallation für die Opfer der Marburger Jäger im Schülerpark treffen. Damals hieße es, die Stadt prüfe mögliche Lösungen. Wann wird mit der Realisierung der vom Künstler Heiko Hünnerkopf entworfenen Installation „Verblendung“ begonnen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 41 - Kultur
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Über den Baubeginn und Fertigstellung der Gedenkinstallation für die Opfer der Marburger Jäger im Schülerpark konnte im September 2019 deshalb keine verlässliche Aussage getroffen werden, weil zu diesem Zeitpunkt keine Angebote aus der Bauwirtschaft für die Ausführungsarbeiten vorlagen. Inzwischen konnte diese Frage gelöst werden. Im Schülerpark haben die Baumaßnahmen begonnen. Derzeit werden Gründungsarbeiten vorgenommen. Auch die notwendigen Schlossereiarbeiten sind in Abstimmung mit dem Künstler Heiko Hünnerkopf in Auftrag gegeben und werden derzeit getätigt, so dass eine Fertigstellung der Gedenkinstallation in etwa 10 Wochen zu erwarten ist.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 23

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Die Stadt Marburg ist Mitglied im Bündnis "Mayors for Peace". Die Organisation wurde 1982 auf Initiative des damaligen Bürgermeisters von Hiroshima, Takeshi Araki, gegründet, aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass Bürgermeister für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürger verantwortlich sind. Daher versuchen die Mayors for Peace Einfluss auf die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu nehmen und diese zu verhindern. In diesem Jahr jähren sich das schreckliche Verbrechen der Abwürfe der US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zum 75. Mal. Wie gedenkt die Stadt Marburg anlässlich dieses Jahrestages gegen die Verbreitung von Atomwaffen Position zu beziehen und sich z.B. für eine Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags einzusetzen, wie es u.a. der auch von Marburg unterzeichnete ICAN-Städteappell einfordert?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Der Oberbürgermeister engagiert sich als Mitglied des Bündnisses „Mayors for Peace“ für eine atomwaffenfreie Welt. Regelmäßig unterstützt der Magistrat deshalb die im Bündnis abgestimmte öffentliche Kommunikation durch eigene Pressemitteilungen und die Teilnahme an weltweiten Veranstaltungen, z.B. durch Hissen der Flagge am Rathaus.

Den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, den ICAN-Städteappell zu unterstützen, hat der Oberbürgermeister gemeinsam mit der Stadtverordnetenvorsteherin symbolisch mit seiner Unterschrift und praktisch mit einem äußerst konstruktiven Gespräch mit der Marburger ICAN-Hochschulgruppe unterstützt.

Sollte seitens der Zivilgesellschaft trotz der Sommerferien eine Veranstaltung zum 75. Jahrestag der US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki (6. bzw. 9. August) initiiert werden, unterstützt der Magistrat diese gerne.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 28

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Stefanie Wittich
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Welche Maßnahmen hat der Magistrat umgesetzt oder geplant, um den Ausfall an Schwimmkursen im Aquamar zu kompensieren?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 74 - Städtische Bäder
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

### Stellungnahme/Antwort:

Bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage verweisen wir auf die Kleine Anfrage Nr. 27. Hier hatten wir bereits mitgeteilt, dass wir bei den Anfragen und Anmeldungen für die Städtischen Bäder immer auch auf die anderen Anbieter verweisen. Dies wird jetzt noch verstärkter durchgeführt, da wir zurzeit keine Alternativen im AquaMar und im Hallenbad in Wehrda sehen. Das Aktionsbecken im AquaMar ist dafür nicht geeignet und im Hallenbad in Wehrda gibt es zurzeit durch die extreme Belegung keine Freiräume.

Viele Eltern wünschen aber explizit den Kurs bei den Städtischen Bädern und nicht bei einem Verein oder privaten Trägern und warten darauf, dass auch das AquaMar wieder Kinderschwimmkurse anbietet. Überlegt haben wir, nach Wiedereröffnung des AquaMar mit allen Bereichen, zusätzlich zu den bereits geplanten Kinderschwimmkursen ein oder zwei **zusätzliche Kurse** pro Quartal anzubieten, um die Warteliste zu verkleinern. Hier muss aber ganz deutlich betont werden, dass jeder weitere Kinderschwimmkurs im Lehrschwimmbecken die Schließung des Beckens für andere Badegäste in dieser Zeit nach sich zieht. Gerade für Familien mit Kindern ist das Lehrschwimmbecken sehr wichtig beim Badbesuch. Eine zu häufige Schließung von Becken führt zu erheblichem Unmut bei den übrigen Badegästen.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

## Kleine Anfrage Nr. 29

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Henning Köster-Sollwedel
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Ist es zur Verbesserung der Sicherheit des Radverkehrs und angesichts des Rechtsguts der Allgemeinen Gefahrenabwehr nicht geboten, den provisorischen Fahrradstreifen im Straßenraum des Pilgrimsteins für den entgegenkommenden Verkehr nicht nur durch Pfeile und Piktogramme, sondern auch durch einen provisorischen durchgehenden Schutzstreifen sowie durch ein Warnschild deutlicher sichtbar zu machen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Wie bei jeder Baumaßnahme mit Verkehrsbeeinträchtigung erfolgte die verkehrsrechtliche Anordnung der aktuellen Verkehrsführung gem. der StVO, sowie den vorgelegten und abgestimmten Planungsunterlagen. Die zu Beginn bestehenden Probleme wurden unverzüglich dadurch beseitigt, dass die Baufirma den Bauzaun auf das genehmigte Maß zurückgezogen hat, sodass dem gegenläufigen Radverkehr mehr Platz bleibt. Weiterhin wurde im Baustellenbereich ein entsprechendes Warnschild., welches auf den gegenläufigen Radverkehr hinweist, installiert.

Derzeit wird die Verkehrssituation durch die Straßenverkehrsbehörde beobachtet. Im Anschluss daran, wird zügig entschieden, ob weitere verkehrsrechtliche Maßnahmen notwendig und zulässig sind.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 30

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Henning Köster-Sollwedel
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Trifft es zu, dass sich das Bordell Erotic Island um eine Disco, ein Bistro und perspektivisch auch um eine Shisha-Bar erweitert hat bzw. wird, und steht das nicht im Widerspruch zur Äußerung des OB, der im Sommer 2016 in der OP lt. der BI gegen das Bordell erklärt hat, dass keine Veränderungen und Erweiterungen mehr genehmigt würden?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 63 - Bauaufsicht
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Am 05.12.2018 wurde die Nutzungsänderung von einer Spielothek zu einem Tanzcafé mit Raucherraum genehmigt. Mit Entscheidungsdatum vom 03.01.2020 wurden in Bezug auf die vg. Baugenehmigung bauliche Änderungen sowie die Nutzungsänderung des zuvor genehmigten Raucherraumes zur Shisha-Bar genehmigt. Das Bistro besteht bereits seit einigen Jahren und erhält lediglich einen direkten Zugang vom Tanzcafé aus.

Es handelt sich bei dem Bordell, dem Bistro und dem Tanzcafé um jeweils eigenständige Betriebe, die baulich voneinander getrennt sind und unabhängige Zugänge von außen haben.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister



## Kleine Anfrage Nr. 31

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Lisa Freitag
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

Wie viele Menschen in Marburg besitzen aktuell einen Stadtpass und wie haben sich die Zahlen zum Vorjahr verändert?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 50 - Soziale Leistungen
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

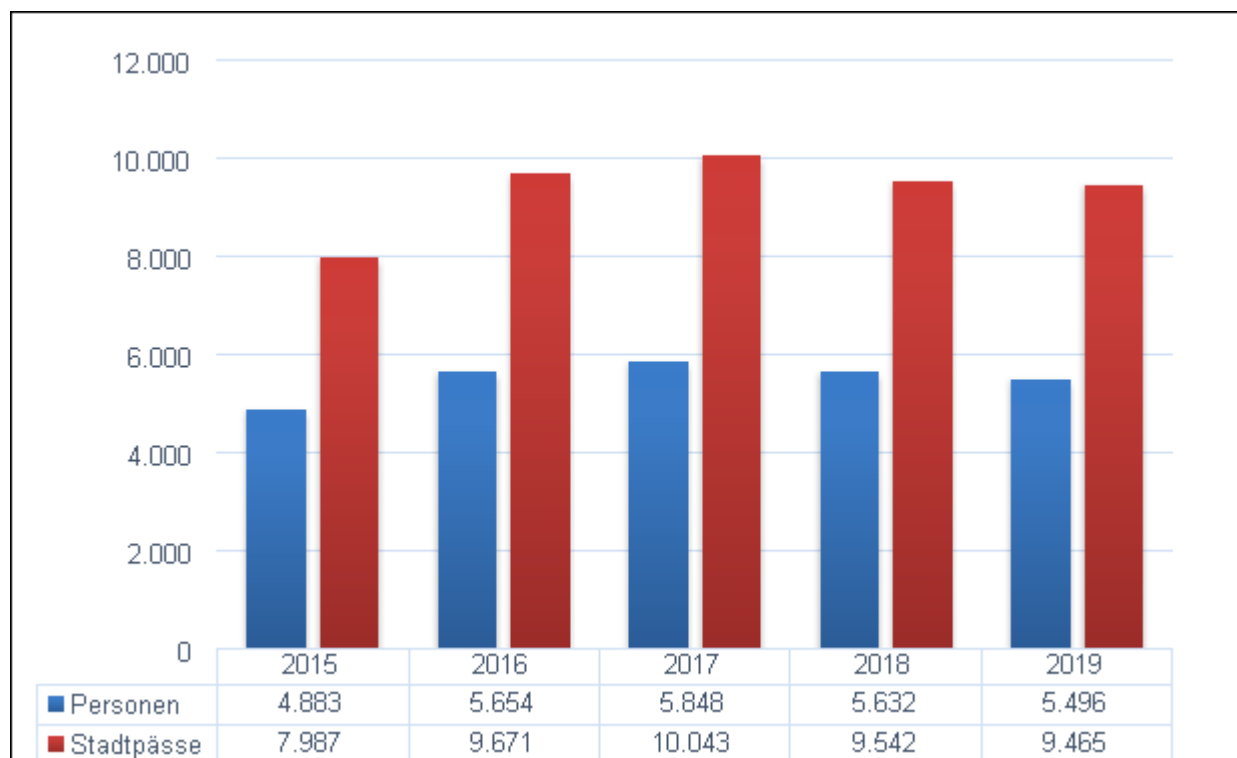
### Stellungnahme/Antwort:

Aktuell besitzen 4.341 Marburger\*innen einen Stadtpass (Stand: 24.02.2020).

Die folgende Abbildung zeigt die Anzahl der jeweils in den Jahren 2015 bis 2019 ausgestellten Stadtpässe. Es handelt sich um eine Statistik, welche im Fachdienst Soziale Leistungen erhoben wird. Die Abbildung und die nachfolgende Tabelle wurden von der städtischen Sozialplanung erstellt. Die Fortschreibung der Stadtpass-Statistik ist Teil der jährlich herausgegebenen Sozialberichterstattung.

Die „Sozialberichterstattung 2020“ ist online über den folgenden Link abrufbar: [www.marburg.de/sozialberichterstattung](http://www.marburg.de/sozialberichterstattung)

Abbildung: Marburger Stadtpass 2015 - 2019, Bestand jeweils zum Jahresende<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Datenbank des städtischen Fachbereiches Arbeit, Soziales und Wohnen, Fachdienst Soziale Leistungen, Stand jeweils 31.12., Darstellung: Sozialplanung der Universitätsstadt Marburg

Der Rückgang der ausgestellten Stadtpässe steht im Zusammenhang mit der Einführung des Schülertickets Hessen zum Schuljahr 2017/2018.

Der Stadtpass gilt ein halbes Jahr. Das Schülerticket Hessen ist ein Jahr gültig. Im Jahr 2018 wurden 132 Schülertickets Hessen ausgestellt. Im Jahr 2019 sind 123 Schülertickets Hessen ausgestellt worden.

#### Betrachtung im zeitlichen Verlauf

Der städtische Fachdienst Soziale Leistungen hat 2002 eine Software zur Erfassung der ausgestellten Stadtpässe und der Personenanzahl entwickelt. Dem entsprechend liegt eine Stadtpass-Statistik ab dem Jahr 2003 vor.

Tabelle: Stadtpass – Statistik 2003-2019\*<sup>2</sup>

Jahr	Personen	Stadtpässe
2003	3.644	5.593
2004	3.651	6.149
2005	3.685	6.996
2006	3.711	6.040
2007	3.545	6.028
2008	4.068	7.150
2009	3.955	6.454
2010	3.633	5.817
2011	3.735	6.070
2012	3.601	5.927
2013	3.677	5.973
2014	4.098	6.919
2015	4.883	7.987
2016	5.654	9.671
2017	5.848	10.043
2018	5.632	9.542
2019	5.496	9.465

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

---

<sup>2</sup> Datenbank des städtischen Fachbereiches Arbeit, Soziales und Wohnen, Fachdienst Soziale Leistungen, Stand jeweils 31.12., Fortschreibung durch die städtische Sozialplanung

## Kleine Anfrage Nr. 32

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Lisa Freitag
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

Wie hoch sind die Mieteinnahmen des EPH und wie hoch sind davon die Mieteinnahmen von Externen (Veranstalter, die keinerlei Bezuschussung der Stadt erhalten)?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 45 - Erwin-Piscator-Haus
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die Miteinnahmen für das Erwin-Piscator-Haus setzen sich aus verschiedenen Komponenten mit langfristiger Vermietung (Pachterträge, Mieterträge gewerblich) sowie (steuerpflichtige und steuerfreie Mieterträge) aus kurzfristiger Vermietung zusammen.

Langfristige Vermietung: Gemeint sind die Vermietungen für Räumlichkeiten an die Hauspartner (MSLT/KFZ/Bottega/HLTM).

Kurzfristige Vermietungen: Gemeint sind steuerpflichtige Miet- und Dienstleistungen an **gewerbliche Kunden** (Gastspiele, Messen, Tagungen etc.) - gilt auch für MKV und HLTM. Weitere kurzfristige Vermietungen gibt es an **nicht gewerbliche Kunden** wie z. B. Vereine, Körperschaften öffentlichen Rechts sowie stadt eigene Fachdienste.

Im Jahr 2019 wurden Einnahmen für kurzfristige Vermietungen in Höhe von insgesamt 621.799,86 € erzielt. Die Einnahmen beinhalten steuerfreie und steuerpflichtige Mietentgelte sowie steuerpflichtige Dienstleistungen. Aus vorgenannter Summe wurden steuerfreie Entgelte für stadtinterne Veranstaltungen in Höhe von 93.874,05 € mit den Fachdiensten verrechnet.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 33

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Uwe Volz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

Aufgrund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zum Klimanotstand vom Juni 2019 sollte unter Einbeziehung einer Bürger\*innenbeteiligung bis Ende 2019 einen Aktionsplan zur Umsetzung des „null“-Emissionsziels bis zum Jahre 2030 erstellt werden.

Eine große Bürger\*innenbeteiligungsveranstaltung, in deren Rahmen dann eine Vielzahl von Vorschlägen gesammelt wurde, fand dann aber erst am 8. November 2019 statt. Am Ende dieser Veranstaltung erläuterte Herr Oberbürgermeister Dr. Spies, dass die gesammelten Vorschläge durch ein externes Gutachterbüro auf ihre Umsetzbarkeit, Wirksamkeit und Kosten-Nutzen-Relation (Emissionseinsparung in Tonnen CO<sub>2</sub> pro zu investierendem Euro) geprüft werden sollten.

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat gebeten, die folgende Frage zu beantworten: Wann wurde der Auftrag zur Erstellung des entsprechenden Gutachtens erteilt und welcher Fertigstellungstermin wurde in der Beauftragung vereinbart?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Es fand im Dezember 2019 ein Gespräch zwischen einem Gutachterbüro und der Arbeitsgruppe zum Klima-Aktionsplan 2030 zu dem Thema statt. Dabei stellte sich heraus, dass es Sinn macht, erst den Entwurf des Klima-Aktionsplans 2030 zu entwickeln, um abzuschätzen, welchen Arbeitsumfang die Berechnung der Kosten-Nutzen-Relation ausmacht und wo wir Unterstützung durch ein externes Büro brauchen. Ein Auftrag wurde dementsprechend noch nicht vergeben.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 34

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Uwe Volz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

Vor dem Umbau des Allianzhauses wurde die Luftmessstation des HLNUG, die für die Universitätsstadt Marburg kritischen NO<sub>2</sub>- und Feinstaubmesswerte liefern soll, an einen anderen Ort, der eine bessere Durchlüftung besitzt und daher keine repräsentativen Messergebnisse mehr liefert, versetzt. Das Bauvorhaben ist nun abgeschlossen. Daher wird der Magistrat gebeten Auskunft darüber zu geben, wann die Messstation wieder an den EU-rechtskonformen Standort zurück versetzt wird, wo aussagefähige Messwerte für Marburgs am stärksten von Fußgängern, die den sich kumulierenden Abgasen des Straßenverkehrs ausgesetzt sind, frequentierten Kreuzung, gewonnen werden können.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

Die Festlegung der Standorte zur Luftmessung erfolgt seitens des HLNUG. Eine Verlegung der Station an den ursprünglichen Standort ist seitens des HLNUG nicht angedacht.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 35

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Matthias Simon
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

Stimmt es, dass die große PV-Anlage am Ortsrand von Gisselberg noch immer nicht am Netz ist, wenn ja, wann ist mit einer Inbetriebnahme zu rechnen und wie viel CO2 Einsparung geht uns damit jährlich verloren?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die Stadtwerke Marburg sind nicht Betreiber der PV-Anlage am Ortsrand von Gisselberg. Nach unserer Kenntnis speist die Erzeugungsanlage seit Ende Januar 2018 ins Netz ein.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## **Kleine Anfrage Nr. 36**

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Matthias Simon
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

Ab wann und für welchen Zeitraum wird die Bunsenbrücke nach dem gegenwärtigen Planungsstand saniert und gesperrt werden?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

Seit geraumer Zeit sind erste Vorplanungen erfolgt. Genauere Schritte sind derzeit nicht absehbar. Im Investitionsprogramm ist die Instandsetzung der Bunsenbrücke für 2023 vorgesehen.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 37

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Tanja Bauder-Wöhr
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Kann der Magistrat bitte Auskunft erteilen, ob im Zuge der jüngsten Entwicklungen des Projekts Lokschuppen nebst Hotel sich Änderungen am Nutzungskonzept, indem Gespräche mit der Veräußerin geführt werden, ergeben haben?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Es gibt keine weitergehenden Änderungen im Nutzungskonzept. Lediglich ein bisher vorgesehener Mieter hat sich zurückgezogen. Die Änderungen sind lediglich architektonischer und gestalterischer Art. Hier ist bereits der Gestaltungsbeirat, der diese Änderung unterstützt, eingebunden. Der Denkmalbeirat wird sich in seiner nächsten Sitzung mit den Plänen beschäftigen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister



## Kleine Anfrage Nr. 38

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Tanja Bauder-Wöhr
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Kann der Magistrat bitte Auskunft erteilen, welche Maßnahmen er ergriffen hat, auf die GWH dahingehend einzuwirken eine energetische Sanierung an Gebäuden voranzutreiben unter Berücksichtigung der Kostenneutralität der Mieterinnen und Mieter, dabei auf die Fördermöglichkeit durch die Stadt verwiesen hat, und wieviel der Fördermöglichkeiten abgerufen wurden?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Hier sind von Seiten des Magistrates Gespräche geführt worden.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 39

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Renate Bastian
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Wie ist der Leerstand im städtischen Haus Plan Nr. 3 zu bewerten und welche Planungen hat der Magistrat in Bezug auf dieses Haus?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Einzelne Nutzer des Hauses sind an andere Stellen verzogen. Andere sind hinzugekommen. Über die Geeignetheit des Hauses als Verwaltungsstandort wird insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Barrierefreiheit seit langem diskutiert, auch über einen möglichen Verkauf des Hauses. Eine abschließende Entscheidung hierzu ist noch nicht gefallen, zumal das Gebäude auch bei den Überlegungen zum Oberstadtentwicklungskonzept eine Rolle spielen könnte.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 40

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar 2020

<b>Fragesteller/in:</b>	Renate Bastian
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Wird auch der Marburger Raum von militärischen Aktionen im Rahmen des Nato-Manövers „Defender 2020“ betroffen und wenn ja, in welchem Zeitraum und in welchem Ausmaß?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

Nach den Informationen des HMdI ist der Marburger Raum nicht von militärischen Aktionen im Rahmen des Manövers „Defender 2020“ betroffen. Ob sich während des Manövers noch spontane Änderungen ergeben, kann jetzt noch nicht eingeschätzt werden.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister